

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 11

Rubrik: Positionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ulrich Pfister

DAS PARLAMENT ZWISCHEN VOLK UND VERFASSUNGSRICHTER

Die zähe Detailarbeit an der Verfassungsrevision neigt sich ihrem Ende zu. Der Kontrast zum Aufbruch vor 150 Jahren, den wir ernsthaft gefeiert haben, ist augenfällig. Zwar klagt man über die selbstverordnete Disziplin der blosen Nachführung, mit der mannigfache materielle Begehrlichkeiten im Zaum gehalten werden konnten, aber dort, wo eigentliche Reformen angesagt waren, fanden sich seltsame Abwehrkoalitionen zusammen. Volksrechte kann man offenbar nur weiter ausbauen, eine sinnvolle Verwesentlichung hat keine Chance. Und um die Einführung einer moderaten Verfassungsgerichtsbarkeit kam es in der vergangenen Session nochmals zu einem philosophischen Disput, der die Bewährungsprobe im parlamentarischen Alltag allzu oft nicht besteht.

Das Bundesgericht kann wohl kantonales Recht, aber nicht Bundesgesetze auf Verfassungsmässigkeit überprüfen. Denn Bundesgesetze werden vom Souverän gutgeheissen – durch Zustimmung in einem zustandegekommenen Referendum oder eben durch Nichtergreifen des Referendums; und der Richter soll nicht über dem Volk stehen. Das hört sich theoretisch wunderschön an, setzt aber Unmögliches voraus und ist deshalb eine Illusion, was diejenigen am besten wissen müssen, welche die Gesetze unter Aufbietung des ganzen Arsenals politischer Kniffe und Schliche redigieren. Referendumsträchtig sind in der Regel die wesentlichen Inhalte eines Gesetzes, nämlich Kompetenzen und finanzielle Auswirkungen. Ob in der Ausführung dann allenfalls verfassungsmässige Rechte tangiert sein könnten, ist oft nicht einmal den Verfassern eines Gesetzes bewusst. Es soll freilich auch vorkommen, dass der Zweck die Mittel heiligt... Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb ein allgemeingültiges verfassungsmässiges Grundrecht nicht gegen widersprüchliche Regelungen auf Gesetzesstufe geschützt werden soll, um so mehr, als in der Verfassung selbst Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Bestimmungen bestehen, die im Konfliktfall von der unabhängigen richterlichen Instanz angemessen ausgelegt werden könnten und müssten.

In der Praxis würde die Verfassungsgerichtsbarkeit gegenüber dem Bundesgesetzgeber auch eine gewisse Parlamentskontrolle bedeuten. Es ist die Hauptaufgabe des Parlamentes, Gesetze sorgfältig auszuarbeiten.

ten, primär sachlich, was Zwecke, Instrumente und Mittel betrifft, aber zugleich auch politisch, indem Auswirkungen auf Interessengruppen und letztlich die Akzeptanz bzw. das Risiko eines Vatos an der Urne abgewogen werden. Da wird verhandelt und gefeilscht, um Kompromisse gestritten, und der voto-berechtigte Stimmbürger wird oft als unberechenbarer Störenfried empfunden. Es würde auch deshalb nicht schaden, wenn Fehler und Mängel, die in diesem Prozess fast unvermeidlich sind, in der Praxis korrigiert oder unschädlich gemacht werden können.

An Illustrationsmaterial hat es gerade in jüngster Zeit nicht gefehlt. Wenn plötzlich «Steuerlücken» entdeckt werden, die es zu beheben gelte, sind dies nicht die Instrumente, die vor nicht allzu langer Zeit mit guten Gründen – beispielsweise zur Förderung der privaten Vorsorge – eingerichtet wurden, sondern die verborgenen Schlupflöcher, die unter dem Dach ideeller Zielsetzungen so nebenher bewusst gegraben wurden. Und wenn mit reichlich Geschichtsklitterung der über fünfzigjährige Verfassungsauftrag einer Mutterschaftsversicherung ultimativ eingefordert wird, berührt es mehr als eigenartig, dass die Finanzierung des neuen Sozialwerks trickreich am Referendum vorbeimanövriert wird. Denken wir schliesslich an den bevorstehenden Urnengang, bei dem es um nicht weniger als um ein Jahrhundertwerk geht, die Neat, deren Konzept überprüft werden musste, aber immer noch umstritten ist. Abgestimmt wird jedoch nicht über die Streitfrage der beiden Tunnels und einer Etappierung, sondern generell über die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Sogar der zuständige Departementschef will ein allfälliges Nein nicht als eine Absage an das Neat-Projekt verstehen. Wozu sollen die Stimmbürger denn nun Ja oder Nein sagen?

Die direkte Demokratie ist nicht einfach und nicht pflegeleicht, weder für die Regierung noch für das Parlament. Dass gelegentlich laviert wird, gehört zum Geschäft. Aber das sollte nicht daran hindern, dass man zur Komplexität dieses politischen Systems steht, dass man die Realität nicht durch mythische Verklärung verdrängt und dass man bei den anstehenden Reformen den Mut hat, institutionelle Defizite wie das Fehlen der Verfassungsgerichtsbarkeit zu beheben. ♦

Robert Nef

NACH HELMUT KOHL – IM WESTEN NICHTS NEUES

Nach der Wahl schlägt zunächst nicht die «Stunde der Wahrheit», sondern die Stunde der Interpreten, die entweder phrasenreich mit den Siegern fraternisieren oder gegenüber den Verlierern wenigstens nachträglich kundtun, dass sie es schon immer besser gewusst hatten. Dabei sind allerlei konventionelle, personenbezogene Interpretationsmuster im Umgang, die hier durch ein paar Thesen in Frage gestellt werden sollen.

«Die meisten Oppositionsmänner wollen nur ihre Partei ans Regiment bringen, um dieses, gleich den Konservativen, in ihrem Privatinteresse auszubeuten. Die Prinzipien sind auf beiden Seiten nur Losungsworte ohne Bedeutung; es handelt sich im Grunde nur darum, welche von beiden Parteien die materiellen Vorteile der Herrschaft erwerbe.» Ist dies ein zynisches Nachwort zu den Wahlen in der Bundesrepublik, die Äusserung eines postmodernen radikalen Systemkritikers, der nicht so recht an die Rhetorik des Wechsels zwischen Regierungspartei und Opposition glauben will? Lesen wir noch weiter: «Der Name Konervative ist eigentlich keine richtige Bezeichnung, da es gewiss nicht allen, die wir solchermassen benamsen, um die Konservierung der politischen Zustände zu tun ist, und manche daran sehr gern ein bisschen rütteln möchten; ebenso wie es in der Opposition sehr viele Männer gibt, die das Bestehende um alles in der Welt will nicht umstürzen möchten.» Der Kommentar ist aktuell, obwohl er vor fast 150 Jahren von Heinrich Heine in Paris geschrieben worden ist. Schon damals war es also nicht ganz klar, wer denn mit welchem Programm zu wessen Gunsten welche Strukturen konservieren bzw. ändern wollte. Schon damals drapierte sich der demokratische Kampf um die Mitte als Kampf um «die richtige Alternative», schon damals zeigte sich, dass sich die jeweilige «Neue Mitte» von der «Alten Mitte» oft nur dadurch unterscheidet, dass das Neue nicht gut und das Gute nicht neu ist.

Politiker und Medien leben in einer komplizierten Symbiose, in welcher der Wandel stets dramatisiert wird, um die Illusion der freien Gestaltbarkeit der politischen Verhältnisse durch kreative und repräsentative Einzelpersonen einerseits und den bestimmenden Einfluss ihrer Kritiker andererseits aufrecht erhalten zu können. Wenn jetzt von «Erdrutsch», von «radikalem Neubeginn» oder gar vom Ende einer Ära die Rede ist, so stellt sich dem nüchternen Beobachter die Frage, ob denn zwischen der christdemokratischen und der sozialdemokratischen Spielart des

mehr oder weniger sanften wohlfahrtsstaatlichen Interventionismus in Verbindung mit jenem europäischen Unionismus, der von aussen partout nicht als Führung wahrgenommen werden soll (obwohl er es tatsächlich ist), derartige Welten liegen. Die Radikalität des Wechsels wird wohl in der Bundesrepublik im Guten wie im Schlechten überschätzt. Dieser graduellen Überschätzung steht eine eigenartige Unterschätzung prinzipieller Unterschiede gegenüber. Wer nur aus Langeweile endlich «neue Gesichter» im Polittheater sehen wollte, hat sich möglicherweise verrechnet. Gerhard Schröder unterhält vielleicht besser als Helmut Kohl, (obwohl letzterer vom politischen Kabarett vermisst werden wird), ob er die Probleme besser löst, wird sich noch weisen müssen.

Nicht nur die übertriebene Dramatik eines Wechsels, auch die fahrlässige Verharmlosung ist gefährlich, und am gefährlichsten ist die unglückliche Kombination von beidem. Regierung und Opposition kreisen nicht einfach um eine vernünftige Mitte, bei der sich die jeweiligen Auswüchse durch Mannschaftswechsel minimieren lassen. Es gibt in der Entwicklungsgeschichte politischer Systeme auch Prozesse, bei denen nicht die *Wahrheit* in der Mitte liegt, sondern das *Problem*. Zahlreiche Fehllösungen und Fehlstrukturen sind auch in einer Demokratie, die den Machtwechsel zwischen Regierung und Opposition kennt, kaum reversibel. Die Thatcher-Reformen im UK und die Douglas-Reformen in Neuseeland sind wohl eher als Ausnahmen bzw. als eigentliche «Reformwunder» zu deuten, und nicht als kopierfähige Modelle für Kontinentaleuropa. Beim Wechselspiel der Parteiengunst stehen meist die nur vermeintlich wichtigen Fragen der Tagespolitik und der personellen Machtteilung im Schaufenster, während das Bemühen um langfristige Nachhaltigkeit und die Vermeidung von gefährlichen Irreversibilitäten, etwa im Bereich der sozialpolitischen und der regionalpolitischen Umverteilung, wenig beachtet wird. Umverteilung ist im wahrsten Sinne suchterzeugend, weil sie stets «die Gier nach mehr» weckt und das

Problem der Ungleichheit, das sie zu lösen vorgibt, mittel- und langfristig verschärft. Dass diese Gefahr ausgerechnet von den Grünen, die gegenüber der Natur bezüglich Irreversibilitäten sehr empfindlich sind, kaum wahrgenommen wird, verdient besondere Beachtung. Auch Zentralisierungen sind in der Regel kaum reversibel. Das Subsidiaritätsprinzip funktioniert allzu oft nur als Einbahnstrasse zur Zentrale. Diesbezüglich wecken die Grünen mehr Hoffnungen, auch wenn sie bisher in rot-grünen Koalitionen ihre Treue zur Philosophie der Non-Zentralität noch kaum unter Beweis gestellt haben und sich hauptsächlich als Interventionisten profilierten.

Verdrängter Nationalismus

Dass die nationalistische Rechte in den Wahlen keine Chance hatte, ist zunächst beruhigend und erfreulich. Möglicherweise wird aber damit verschleiert, dass es auch in der Bundesrepublik und speziell auch in den neuen Bundesländern den alten Nationalismus als eine «virtuelle Gruppierung» quer durch alle Parteien hindurch gibt, nicht zuletzt bei den Industriearbeitern, die ihren nationalen Arbeitsmarkt und ihre Renten nicht nur durch «Entsederichtlinien» schützen möchten. Die Kombination von Nationalismus und Sozialismus, d. h. von Umverteilung und Solidarität unter Gleichen gegen «die Andern», «die Fremden», hat an Popularität nichts eingebüßt. Die politische Einordnung wird durch das überholte «Links-Rechts-Schema», das den Nationalismus als «rechts» und «konservativ» charakterisiert, verschleiert. Es kann sehr wohl sein, dass sich in der PDS auch die DDR-Spielart des linken Nationalismus immer breiter macht, und dass sich einmal mehr die Totalitarismen die Hand reichen. Es gibt einen starken, wohlfahrtsstaatlich-national-egoistischen Reflex, auch wenn er in keiner Partei organisiert ist. Solche Strömungen lassen sich auf die Dauer wohl kaum durch die Beschwörung europäischer Einheit unter dem Deckel halten. Wenn es zur gleichberechtigten politischen und wirtschaftlichen Integration der ehemaligen Satellitenstaaten in die EU kommt, sind an den Ostgrenzen alte Animositäten, Überheblichkeiten und Begehrlichkeiten nicht auszuschliessen. Wenn die Mittel- und Osteuropäer nur als Mitglieder mit Sonderstatus (einmal mehr: zweiter Klasse!) willkommen sein sollten, so brechen erst recht alte Wunden wieder auf. Jedenfalls haben die Wahlen 1998 diese schwelende Thematik nicht auf die Traktandenliste gebracht, und es wird ein Problem von Regierung *und* Opposition sein, mit einer aufkeimenden EU- und Euro-Verdrossenheit konstruktiv umzugehen.

Angst vor Reformen

«Wir müssten uns unserer schönsten Taten schämen, wenn wir deren wahre Motive kennen würden», lesen wir bei *La Rochefoucault*. Ich masse mir nicht an, die wahren Motive der Wählerinnen und Wähler in der Bundesrepublik zu kennen. Vieles deutet aber darauf hin, dass sich die von *Gerhard Schröder* beschworene Kombination von Reformgeist und Kontinuität beim näheren Zusehen als fatale Täuschung erweisen wird. Die unbeirrten Anhänger und Fortsetzer wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung sind die Propheten des *Status quo*, die Strukturkonservativen. Man möchte nicht einen radikalen Wechsel, man möchte «*more of the same*», mehr Sozialpolitik, mehr Subventionen und sogenannte Fördermittel (die, – wir wissen es –, letztlich nur die Abhängigkeit fördern). In der Politik ist leider der Appell an offene und verborgene Illusionen, an Ängste, an Neidgefühle und Ressentiments erfolgreicher als der Hinweis auf Fakten und Zahlen, als die Transparenz zwischen Nutzen und Kosten und zwischen Entscheidungen und Folgen. Früher hat man die Boten, die unerfreuliche Nachrichten übermittelten, umgebracht, heute werden sie durch Nichtwahl bestraft, wenn es sie überhaupt noch gibt. Im Innersten spüren es die meisten, dass es mit der Gefälligkeitsdemokratie, mit dem Schuldenmachen und dem Zu-Tode-Besteuern des Mittelstandes irgendwann einmal zu Ende geht. In dieser dumpfen Ahnung möchte man gern noch ein bisschen weiterwursteln und die fiskalpolitische und sozialversicherungstechnische Stunde der Wahrheit ins nächste Jahrhundert verschieben. Das ist nicht nur in Deutschland so, sondern im ganzen, heute weitgehend sozialdemokratisch regierten Kontinentaleuropa. Wir befinden uns im Reformstau und haben Angst vor der *opération vérité*, zu welcher uns die Globalisierung zwingt. Diese Deutung mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, nach all der Rhetorik über das gemeinsame Wagnis eines Neubeginns. Politik ist einmal mehr der erfolgreiche Umgang mit verborgenen Wünschen und Sehnsüchten, «*ein Derby trojanischer Pferde*» und ein subtiles Spiel mit Täuschungen und Enttäuschungen. Die «neue Mitte» ist identisch mit dem alten Malaise. Die nächste Etappe der europäischen Einigung wird zwar von den «Offizieren» und ihren Stäben vorbereitet, aber die «Mannschaft» murrt und mag nicht so recht folgen. Der diffuse Wunsch nach Wechsel ist nichts anderes als die Angst vor den wirklich notwendigen Reformen. Wohlfahrtsstaatliche Strukturen, von denen man weiß, dass sie brüchig sind, sollen durch geschickte Rhetorik für eine weitere Galgenfrist repariert werden, bis der unvermeidliche Blick in die leeren Kassen die grosse Ernüchterung bringen wird. ♦

Albert A. Stahel

DIE KRIEGE IN DER GEGENWART

Ende einer zweitausendfünfhundertjährigen Tradition der Kriegsführung?

Seit dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende der Bipolarität von 1992 brechen in zunehmendem Masse in verschiedenen Regionen dieser Welt Kriege aus. Dazu gehören auch der nie endende Krieg in Afghanistan, die Kriege in Zentral- und Ostafrika, der Krieg gegen die türkischen Kurden, die Kriege im Kaukasus und auf dem Balkan. Das Merkmal aller dieser Kriege ist, dass sie im Prinzip gegen die Bevölkerungen in diesen Kriegsgebieten geführt werden. Wie das Beispiel Kongo wieder beweist, werden ganze Regionen durch die Massakrierung von Wehrlosen entvölkert. In Somalia ist die Struktur des Staates zertrümmert worden. Im Kosovo gehen die serbische Polizei und Armee gezielt gegen die albanischen Dörfer in den Aufstandsgebieten vor, und die albanische UCK-Organisation entführt und massakriert ihrerseits serbische Zivilisten. In beiden Fällen geht es um die Rache für die Unmenschlichkeit des Gegners. Des weiteren soll auch die gegnerische Bevölkerung eingeschüchtert und zum Verlassen ihrer Siedlungsgebiete veranlasst werden. Auf diese Weise soll das kontrollierte Gebiet vergrössert werden. In allen diesen Kriegen wird demzufolge das Völkerrecht nicht beachtet. Mehr noch: Es wird bewusst verletzt.

Als Ursache für diese Kriege führen Politiker und Medienleute im Westen ethnische Spannungen auf. Eine eingehende Analyse lässt aber andere Ursachen erkennen. Für den gegenwärtigen Krieg in Afghanistan zwischen den Taleban und ihren Gegnern dürfte mit Sicherheit der amerikanische Öl-Multi UNOCAL und der pakistanische Geheimdienst verantwortlich sein. UNOCAL und weitere Konzerne wollen eine Gaspipeline von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan bauen. Die Konzession dazu ist von den Taleban bereits erteilt worden. Unter Umgehung des Irans soll das turkmenische Erdgas nach Europa und Japan geliefert werden. Nicht ethnische Spannungen zwischen den paschtunischen Taleban und ihren tadschikischen, usbekischen und schiitischen Gegnern sind für den Krieg verantwortlich, sondern wirtschaftliche und damit machtpolitische Interessen auswärtiger Mächte. Die ethnischen Gegensätze werden für diese Zwecke ausgenutzt.

Ein anderes Beispiel für diese durch wirtschaftliche und machtpolitische Interessen bestimmten Kriege ist der Kongo. Zuerst wird der todkranke Diktator *Mobutu* durch einen Aufstand verjagt. Während

die Revolution und der Vorstoss der Rebellen auf Kinshasa noch nicht abgeschlossen ist, verspricht der kommende Machthaber *Kabila* verschiedenen Minderengesellschaften neue Schürfrechte. Dabei stehen, im Gegensatz zu den belgischen und französischen Unternehmen der *Mobutu*-Ära, vor allem amerikanische Gesellschaften im Vordergrund. Kaum im Amt, verleugnet *Kabila* seine früheren Sponsoren, die ihn mit Hilfe einer Tutsi-Armee unterstützt haben. Nun wird eine neue Revolution ausgelöst. *Kabila* soll auch gestürzt und durch eine Koalitionsregierung ersetzt werden.

Nachdem weitere ähnliche Kriege ausgebrochen sind, stellt sich die Frage, ob diese Art der Kriegsführung neu ist. Der israelische Militärwissenschaftler *Martin van Creveld* stellt in seinem Buch «Die Zukunft des Krieges»¹ fest, dass die Kriegsführung an einem Wendepunkt angelangt ist. Die Clausewitzsche Kriegsphilosophie gehöre der Vergangenheit an und der Krieg entwickle sich zunehmend zum *low intensity conflict* (irregulärer Krieg mit geringer Intensität). Zu dieser Art des Krieges rechnet *van Creveld* beinahe alle Kriege, die in der Gegenwart stattfinden. Trifft diese Hypothese zu, dann würde dies nicht nur eine Abkehr von Clausewitz, sondern auch das Ende der europäischen Tradition der Kriegsführung bedeuten, wie sie durch die Griechen in der Antike vor zweitausendfünfhundert Jahren begründet worden ist. Diese haben mit ihrer Phalanx die geplante und organisierte Kriegsführung entwickelt, die bis heute auch das Bild der europäisch geführten Kriege bestimmt hat.

Stehen wir wirklich einer Abkehr der organisierten und geplanten Kriegsführung gegenüber? Eine Analyse der europäischen Geschichte der Kriege lässt erkennen, dass die gegenwärtige Art der Kriegsführung auf dem Balkan und in der Dritten Welt nicht einmalig und neu ist. Der Dreissigjährige Krieg, der von 1618–1648 auf dem Territorium des heutigen Deutschlands tobte, wies viele Gemeinsamkeiten mit den heutigen Kriegen auf. Der Krieg wurde damals gegen die Bevölkerung des Gegners geführt, diese massakriert und vertrieben, mit dem Ziel, das eigene Gebiet zu erweitern. Während vordergründig religiöse Ziele verfolgt wurden, war der Krieg durch die Interessen der Machthaber bestimmt. Nur schon die Zusammensetzung der damaligen Koalitionen widerspricht der These eines Religionskrieges. Das katho-

lische Frankreich kämpfte mit dem protestantischen Schweden gegen das katholische Österreich.

Eine Analyse der Kriege auf dem Balkan zeigt ein ähnliches Bild. Die gemeinsamen Interessen des serbischen Machthabers *Milosevic* und des kroatischen Präsidenten *Tudjman* sind offensichtlich. Die These von *van Creveld* kann deshalb für Europa nicht bestätigt werden. Sie trifft aber auch für die Dritte Welt

Die westlichen Mächte werden sich vor der Führung von «low intensity conflicts» hüten. Diese Art des Krieges würde die Bevölkerung der reichen Demokratien ablehnen und auch nicht überleben.

nicht zu. Amerikanische und europäische Konzerne versuchen dort mit Hilfe von Söldnern und Privatarmeen ihre Interessen durchzusetzen.

Während diese Kriege in Gebieten ausserhalb der USA und Westeuropas ausgetragen werden, schützen sich die Amerikaner und Europäer mit Hilfe ihrer Luftstreitkräfte und Sondereinheiten gegen eine Ausweitung dieser Kriege auf ihre Territorien. In den USA und in Westeuropa ist seit einigen Jahren die kostspielige *Manpower* durch *Airpower* ersetzt worden. Die westliche Art der Kriegsführung wird durch die Technik bestimmt. Beispiele hierfür sind der Golfkrieg von 1991 und der Einsatz von Marschflug-

körpern gegen den Stützpunkt des saudischen Terroristen *Bin Ladin* in Afghanistan. Die westlichen Mächte werden sich vor der Führung von *low intensity conflicts*, wie sie *van Creveld* für die Zukunft in zunehmendem Masse voraus sieht, hüten. Diese Art des Krieges würde die Bevölkerung der reichen Demokratien ablehnen und auch nicht überleben.

Die Welt steht nicht vor einem Ende einer zweitausendfünfhundertjährigen Tradition der Kriegsführung, wie sie *van Creveld* glaubt zu erkennen. Wir sind mit einer Entwicklung der Kriegsführung konfrontiert, die, seitdem die Menschheit einen gewissen Grad der Zivilisation erreicht hat, wellenartig verläuft. Immer wieder findet ein Wechsel zwischen den verschiedenen Arten des Krieges statt. Dazu gehören grosse organisierte Kriege und *low intensity conflicts*. Eine Änderung der gegenwärtigen Situation dürfte nur dann eintreten, wenn der westliche *Limes*, der durch Technik und damit durch *Airpower* bestimmt ist, einbrechen würde. Dann allerdings würde die gegenwärtige Lage nicht in einem Abbruch der erwähnten Tradition enden, sondern zu einer Situation führen, wie sie zur Zeit des Zusammenbruches des weströmischen Reichs bestand. ♦

¹ Creveld van, Martin, Die Zukunft des Krieges, mit einem Vorwort von P. Waldmann, Gerling Akademie Verlag, München, 1998, amerikanische Originalausgabe: «The Transformation of War», The Free Press, New York, 1991.

ALBERT A. STAHEL ist 1943 in Zürich geboren. Seit 1980 hauptamtlicher Dozent an der Militärischen Führungsschule Au/ZH für Strategische Studien. Seit 1987 Titularprofessor an der Universität Zürich. Stahel ist u.a. Mitglied des International Institute for Strategic Studies in London.

Mit den Schweizer Monatsheften haben Sie das Geschenk...

... das Sie schon immer suchten, z. B. zu Weihnachten, für den Freund, die Freundin, die schon alles haben... den Neffen, die Nichte oder das Patenkind, die gerade ihr Germanistik- oder Wirtschaftsstudium begonnen haben... oder einfach für jemanden, dem Sie sich auch während des Jahres immer wieder in Erinnerung rufen wollen: 10mal im Jahr mit einem Geschenkabonnement der Schweizer Monatshefte. Der Beschenkte erhält von uns einen Geschenkbon und die erste Ausgabe 1999 (erscheint Anfang Dezember). Rufen Sie uns an oder schicken Sie uns eine Mitteilung per Fax. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beiliegende Geschenk-Abo-Karte zusenden. Vielen Dank!

Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05